Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	III
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
1. Abschnitt	
Einleitung: Kennzeichnung des Untersuchungsgegenstandes	1
§ 1 Der Begriff der internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit	2
I. Privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Schiedsgerichtsbarkeit	2
1. Die völkerrechtliche Schiedsgerichtsbarkeit	2
2. Die internationale verwaltungsrechtliche Schiedsgerichtsbarkeit	3
3. Handelsschiedsgerichtsbarkeit und andere privatrechtliche Schiedsgerichtsbarkeiten	4
II. Schiedsrichterliches Verfahren und Prozeß vor staatlichen Gerichten	4
1. Gebilde im Randbereich zwischen Schiedsgerichtsbarkeit und staatlicher Sonderjustiz	5
2. Allgemeine Gedanken zur Bestimmung des Unterscheidungskriteriums	9
III. Schiedsverfahren und verwandte Institute des Privatrechts	13
1. Schiedsgerichtsähnliche Rechtsercheinungen in Deutschland (a) und im Ausland (b-e)	14
2. Das obligationenrechtliche Schiedsverfahren	20
3. Die Anpassung langfristiger Verträge im besonderen	23
IV. Versuch einer Harmonisierungsthese	25
V. Die Internationalität von Schiedsgerichtsbarkeit	26
1. Die Relativierung der Begriffsbildung durch ihren Zweck	26
2. Auslandsbezug der Rechtsverhältnisse als entscheidendes Begriffsmerkmal	26
3. Der Begriff der Internationalität in besonderen Zusammenhängen	28
§ 2 Die Rechtsnatur von Schiedsgerichtsbarkeit	28
I. Entwicklung der Streitfrage in den einzelnen Ländern	29
1. Frankreich	29
2. Deutschland	31
3. Die Schweiz	32
4. England	33
II. Systematisierung und Würdigung des Argumentationsstandes	34
1. Die Struktur der Schiedsgerichtsbarkeit in der Sicht beider Konstruktionen	34
2. Die wechselseitige Kritik beider Lehren aneinander	35
3. Die Harmonisierung der Lehren	37
§ 3 Ausblick	39

1. Hauptteil

Die Rechtsquellen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit

1. Abschnitt	
Die zwischenstaatlichen Abkommen und Übereinkommen auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit	43
§ 1 Das UN-Übereinkommen	44
I. Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte	44
II. Der Regelungsinhalt	46

III. Der Anwendungsbereich im übrigen	46
1. Die Rechtsnatur jener Schiedssprüche, die dem UNÜ unterfallen	47
a) Schiedssprüche nicht-privatrechtlichen Inhalts	47
b) Völkerrechtliche Schiedssprüche	48
c) »Anationale« Schiedssprüche?	49
d) Schiedsgerichtsähnliche Erscheinungen	50
2. Die Doppelanknüpfung in Absatz 1	50
a) Neue Wege zur Bestimmung des Anwendungsbereiches	50
b) Die Bedeutung der Gleichwertigkeit beider Anknüpfungspunkte	51
c) Die für die Praxis wichtigste Quintessenz	52
3. Die beiden Vorbehaltsmöglichkeiten nach Absatz 3	53
a) Der Gegenseitigkeitsvorbehalt	53
b) Der Handelssachenvorbehalt	56
4. Sonstige Probleme im Zusammenhang mit dem Anwendungsbereich des UNÜ.	58
a) Der Anwendungsbereich von Art. 2 über die Anerkennungspflicht von Schiedsverträgen	58
b) Einseitige Einschränkung oder Ausdehnung des Anwendungsbereiches des UNÜ durch nationale Gesetzgebung	62
§ 2 Das Europäische (Genfer) Übereinkommen von 1961 und das Zusatzübereinkommen	65
I. Entstehungsgeschichte	66
II. Regelungsinhalt	66
III. Der Anwendungsbereich	67
1. Die objektive Anwendbarkeitsvoraussetzung	67
2. Die subjektive Anwendbarkeitsvoraussetzung	69
3. Der territoriale Anwendungsbereich des EÜ	70
IV. Die Zusatzvereinbarung	71
§ 3 Übereinkommen auf Spezialgebieten	72
I. Das Washingtoner (Weltbank-)Übereinkommen vom 18. März 1965	72
1. Allgemeine Charakterisierung und Anwendungsbereich des WBÜ	72
a) Die absolute Verbindlichkeit von WBÜ-Schiedssprüchen	72
b) Die Notwendigkeit eines Schiedsvertrages	73
c) Die Nationalität der nichtstaatlichen Vertragspartei	74
d) Selbständige Tochtergesellschaften im Investitionsland als Sonderproblem	74
e) Der Investitionscharakter der zugrundeliegenden Rechtsbeziehung	75
2. Der Inhalt des WBÜ	76
a) Der Ausschließlichkeitsanspruch des WBÜ	76
b) Das schiedsrichterliche Verfahren	77
c) Das anwendbare Recht	77
d) »Full faith and credit«	78
e) Die Weltbank-Schiedsgerichtsbarkeit in der Praxis	79
II. Regeln über Schiedsgerichtsbarkeit als Nebenbestimmungen in den anderen Staatsverträgen	81
1. Internationale Übereinkommen über die deliktische Haftung bei Großschäden	82
2. Die internationalen Verkehrsübereinkommen	83
§ 4 Bilaterale Staatsverträge	84
I. Die Verträge mit Italien und der Schweiz	85
II. Die Verträge mit den USA und der UdSSR	86
III. Die Verträge mit Österreich, Griechenland und den Niederlanden	87
IV. Der Vertrag mit Belgien	88

V. Der deutsch-tunesische Vertrag	89
VI. Bilaterale Staatsverträge zwischen »fremden« Staaten	91
§ 5 Schiedsgerichtsbarkeit und Europarecht	92
I. Das Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (EuGVÜ)	92
1. Schiedssprüche, Schiedsverträge und sonstige schiedsrechtliche Rechtsakte als unmittelbarer Gegenstand eines Gerichtsverfahrens	93
2. Schiedsrechtliche Fragen als Inzidentfragen eines staatlichen Gerichtsverfahrens	94
II. Schiedsgerichtsbarkeit und Römisches Übereinkommen vom 10. Juni 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht	96
III. Schiedsgerichtsbarkeit und assoziierte Staaten	96
§ 6 Regionale Übereinkommen	97
I. Das interamerikanische Übereinkommen von Panama über internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 30. 1. 1975	99
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention	101
§ 7 Das UNCITRAL-Mustergesetz	101
I. Grundlagen, Entstehungsgeschichte und Verbreitungsgrund	101
II. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Modellgesetzes	103
1. Spezialgesetz für internationale Schiedsgerichtsbarkeit	103
2. Begrenzung der Interventionsbefugnisse staatlicher Gerichte	103
3. Ausführlichkeit des Regelungswerkes	104
4. Tendenz zu größerer Schiedsfreundlichkeit	104
5. Verfahrensausgestaltungsfreiheit der Parteien insbesondere	104
6. Inhaltliche Entscheidungsmaßstäbe für Schiedsrichter	105
§ 8 Gemeinsame Rechtsanwendungsfragen	105
I. Das Verhältnis der Abkommen und Übereinkommen zueinander, dargestellt am Beispiel des UNÜ	105
1. Die Aufhebung der Genfer Abkommen 1923/1927 durch das UNÜ	106
2. Das Verhältnis von UNÜ und EÜ	107
a) Beteiligung nur von Rechtsordnungen, welche beide Übereinkommen ratifiziert haben	107
b) Beteiligung der Rechtsordnungen von Staaten, deren einer nur dem UNÜ beigetreten ist	108
3. Die Meistbegünstigungsklausel des UNÜ bezüglich anderer Staatsverträge	109
II. Allgemeine intertemporale Probleme der Maßgeblichkeit schiedsrechtlicher Staatsverträge	110
1. Der auf die Anerkennung von Rückwirkung der internationalen Übereinkommen gehende Trend	111
2. Die Fragwürdigkeit des Trends	113
a) Neues Recht über die Wirksamkeit von Schiedsverträgen	114
b) Neues Recht über die Anerkennung von Schiedssprüchen	115
2. Abschnitt	
Die sonstigen Rechtsquellen	116
§ 1 Grundstruktur und Bedeutung der nationalen Rechte	116
I. Die Rechtsordnungen der EWG-Staaten	117

1. Frankreich	117
2. Italien	119
3. Die Beneluxstaaten	119
4. Das Vereinigte Königreich und Irland	120
5. Dänemark	121
6. Griechenland	121
7. Spanien und Portugal	121
II. Rechtsordnungen außerhalb des EWG-Bereichs	122
1. Die Schweiz	122
2. Österreich	124
3. Die USA und Kanada	124
4. Die sozialistischen Staaten	125
§ 2 Das Verhältnis des nationalen Rechts zu den internationalen Übereinkommen und Abkommen	125
I. Die Meistbegünstigungsregeln in internationalen Übereinkommen	126
1. Die Option unter gesamten Regelungsmodellen	127
2. Die Initiativobliegenheit der interessierten Partei	128
3. Meistbegünstigung und Anerkennung von Schiedsverträgen	128
4. Inhaltsgleiches nationales Recht	128
II. Meistbegünstigung auch ohne positiv-rechtliche Grundlage?	129
§ 3 Das selbstgeschaffene »Recht« der an Schiedsgerichtsbarkeit interessierten Organisationen	129
I. Das institutionell durchorganisierte Schiedsverfahren	129
1. Die Internationale Handelskammer	130
2. Die American Arbitration Association	133
3. Die Interamerican Commercial Arbitration Commission (IACAC)	134
4. Handelskammer- und Börsenschiedsgerichte in westlichen Ländern	134
5. Die Außenhandelsarbitrage der sozialistischen Staaten	136
6. Schiedsgerichtsinstitutionen in den Entwicklungsländern	138
7. Zwischeninstitutionelle Verflechtungen	138
II. Schiedsgerichtsbarkeit nach vorformulierten Regeln ohne feste organisatorische Einbindung	139
1. Schiedsordnungen deutschen Zuschnitts	139
2. Die UNCITRAL-Schiedsregeln	139
§ 4 Die Suche nach nicht durch nationales Recht geprägten Rechtsquellen für internationale Schiedsgerichtsbarkeit	141
I. Abgrenzung der Fragestellung	141
1. Rechtsordnungsloser Schiedsvertrag?	143
2. Maßgeblichkeit allgemeiner Rechtsgrundsätze unter Verdrängung nationalen Rechts?	143
3. Die im Einzelfall gegebene praktische Entbehrlichkeit der Bestimmung des anwendbaren nationalen Rechts	145
II. Die Lehre vom gewohnheitsrechtlich entstandenen »anationalen« Handelsrecht und ihre Anwendbarkeit auf die Schiedsgerichtsbarkeit	146
1. Darstellung der Lehre	146
2. Kritische Würdigung	149
III. Anwendbarkeit von Völkerrecht im Zusammenhang mit Schiedsverfahren, an denen nicht nur Staaten beteiligt sind?	155
1. Freie Verweisungsmöglichkeit?	155
2. Völkerrechtliche Verträge zwischen Staaten und Privaten?	157

3. Abschnitt

Grundsatzprobleme der Anknüpfung	162
§ 1 Allgemeine Fragen eines Kollisionsrechts der Schiedsgerichtsbarkeit	163
I. Die Wertungsperspektive des Schiedsrichters	163
1. Positiver und negativer Geltungskonflikt	164
2. Vereinheitlichte und synchronisierte Nationalrechtsnormen	166
II. Einheitsanknüpfung oder differenzierte Anknüpfung?	167
1. Die Praxis der differenzierten Anknüpfung	168
2. Die differenzierte Anknüpfung und die internationalen Übereinkommen	168
3. Die Bedeutung des Zusammenhangs von Schiedsvertrag und Schiedsverfahren für die Auslegung von Parteivereinbarungen	170
III. Kollisionsnormen und Sachnormen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	171
1. Kollisionsnormen zur Regelung schiedsrichterlicher Erscheinungen	171
2. Sachnormen im Recht der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	173
§ 2 Die wichtigsten Anknüpfungsmomente	175
I. Die Vereinbarungen der Parteien über das anwendbare Recht	176
1. Die grundsätzliche Maßgeblichkeit der parteiautonomen Rechtswahl	176
2. Einzelheiten	178
II. Der Sitz des Schiedsgerichts als subsidiärer Anknüpfungspunkt	181
1. Der Sitz des Schiedsgerichts in den staatsvertraglichen Regelungen	181
2. Der Sitz des Schiedsgerichts im autonomen Recht der Bundesrepublik Deutschland und anderer Staaten	184

2. Hauptteil

Der Schiedsvertrag

1. Abschnitt

Der kollisionsrechtliche Ausgangspunkt	187
§ 1 Schiedsvertrag und Kollisionsrecht – allgemein	187
I. Unterschiedliche Wertung nach unterschiedlicher Perspektive?	187
II. Art. 2 III UNÜ als einheitliche Sachnorm?	188
III. Die kollisionsrechtliche Grundregel	190
1. Der schuldrechtliche Ausgangspunkt	190
2. Einzelauswirkungen des schuldrechtlichen Grundansatzes	191
§ 2 Schiedsverträge und Vereinbarungen über das schiedsrichterliche Verfahren	193
I. Die Notwendigkeit der Unterscheidung	193
1. Schiedsvertrag und Verfahrensvereinbarungen im UNÜ	194
2. Schiedsvertrag und Verfahrensvereinbarungen außerhalb des Anwendungsbereiches des UNÜ	194
II. Das maßgebliche Unterscheidungskriterium	195
III. Teilunwirksamkeitsprobleme	196
IV. Konflikte im inneren Entscheidungseinklang	197
§ 3 Schiedsverträge und Schiedsklauseln	198
I. Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme	198

1. Frankreich	198
2. Andere Rechtsordnungen	199
a) Von Frankreich beeinflusste Rechtsordnungen	199
b) Die angelsächsischen Rechtsordnungen	200
II. Die kollisionsrechtliche Problematik	200
1. Die grundsätzliche Lösung des Kollisionsproblems	201
a) Originär deutsches Kollisionsrecht	201
b) Die internationalen Übereinkommen	202
2. Praktische Auswirkungen	203
§ 4 Körperschaftliche Schiedsklauseln	205
I. Satzungsmäßige Schiedsklauseln und internationale Übereinkommen	206
II. Satzungsmäßige Schiedsklauseln außerhalb des Geltungsbereichs internationaler Übereinkommen	206
III. Schiedsklauseln in bezug auf Streitigkeiten außerhalb des Mitgliedschaftsverhältnisses	207
2. Abschnitt	
Die objektive Schiedsfähigkeit des Streitgegenstandes	208
§ 1 Grundlagen	209
I. Strukturelle Verschiedenheiten in wichtigen Rechtsordnungen	209
1. Das deutsche Recht und andere Rechtsordnungen, die auf Vergleichsfähigkeit oder sonstige Verfügbarkeit des Streitgegenstandes abstellen	209
a) Der Abschluß des Schiedsvertrages nach Entstehen einer Streitigkeit	209
b) Die Schiedsklausel	210
c) Verwandte Rechtsordnungen	211
d) Stärkere Schiedsfreundlichkeit in internationalen Fällen?	211
2. Frankreich	212
3. Das Bundesrecht der USA und das englische Recht	215
II. Die internationalen Übereinkommen und die kollisionsrechtliche Problematik	219
1. Das UNÜ	219
2. Das Genfer Übereinkommen von 1961 (EÜ)	222
3. Das Weltbankübereinkommen	222
4. Das UNCITRAL-Modellgesetz	222
5. Autonomes nationales Recht	223
§ 2 Praktische Einzelfragen zur objektiven Schiedsfähigkeit des Streitgegenstandes	224
I. Rechtsgebietsunabhängige Fragestellungen	225
1. Ausschließliche Gerichtszuständigkeiten und Schiedsgerichtsbarkeit	225
2. Schiedsfähigkeit nur von »Streitigkeiten« (»disputes«, »litiges«)?	226
3. Die Schiedsklauselfähigkeit	227
4. Nichtigkeit eines Schiedsvertrages wegen darin enthaltener gesetzwidriger »Anweisungen« an die Schiedsrichter?	228
5. Schiedsunfähigkeit einzelner (inzident zu beurteilender) Streitpunkte	229
6. Die Perspektive des staatlichen Richters und die Perspektive des Schiedsrichters	230
7. Dem staatlichen Richter vorbehaltene Entscheidungsinhalte (»possible remedies«)	230
II. Einzelne Rechtsgebiete	231
1. Patentsachen, Technologietransfer, Urheberrechte	231
2. Kartellrechtsstreitigkeiten	232
3. Bestechlichkeit und andere Formen der Korruption	235
4. Öffentliche Großvorhaben – »Acts of State«	235
5. Vorschriften zugunsten der schwächeren Partei	236

3. Abschnitt

Die subjektive Berechtigung zum Abschluß von Schiedsverträgen 238

§ 1 Die subjektive Schiedsfähigkeit als Rechts- und Geschäftsfähigkeit
beim Abschluß von Schiedsverträgen 238

I. Die Maßgeblichkeit des Personalstatuts 238

II. Der Anwendungsbereich des Personalstatuts 241

§ 2 Sonderstellung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts? 246

I. Die subjektive Schiedsfähigkeit von juristischen Personen des öffentlichen Rechts 246

1. Rechtsvergleichender Ausgangspunkt 246

2. Kollisionsrechtlicher Ausgangspunkt 248

§ 3 Die völkerrechtliche Immunität von Staaten 250

§ 4 Die rechtsgeschäftliche Vertretung beim Abschluß von Schiedsverträgen 254

I. IPR und Vollmacht zum Abschluß eines Schiedsvertrages 254

II. Die Tragweite des Vollmachtstatuts 257

1. Das Zustandekommen der Vollmacht 257

2. Der Umfang der Vollmacht 258

4. Abschnitt

Formerfordernisse 261

§ 1 Rechtsvergleichender Überblick 261

I. Besondere Formvorschriften für den Schiedsvertrag 261

II. Unterschiedliche Konzeption der einfachen Schriftform 263

§ 2 Das originär deutsche Kollisionsrecht 264

I. Die Bestimmung des Formstatuts 264

II. Die Tragweite des Formstatuts 264

§ 3 Die internationalen Übereinkommen 267

I. Der Inhalt der Sachnormen des UNÜ und des EÜ sowie deren Konsolidierung durch das
UNCITRAL-Modellgesetz 267

1. Einrede- und Exequatursituation 267

2. Unanwendbarkeit des UNÜ bei liberaleren nationalrechtlichen Formvorschriften 267

3. Die Formvorschriften der Übereinkommen als unmittelbar
anwendbare Sachnormen 268

4. Schiedsklausel und Schiedsvertrag 269

5. Das Bestimmtheitsfordernis 269

6. Die beiden Arten der Schriftform 270

7. Verhaltensweisen, die der Formwahrung gleichwertig sind 272

II. Die Bedeutung nationalen Rechts neben den Sachnormen der internationalen
Übereinkommen 273§ 4 Die Form eines Schiedsvertrages und AGB in typischen
Vertragsabschlußsituationen 275

I. Die Formularvertragsproblematik im allgemeinen 275

II. Die beiderseits unterschriebenen Vertragspapiere 276

III. Auftragsbestätigung und kaufmännisches Bestätigungsschreiben, die erstmals auf AGB verweisen	278
IV. Die bestätigte Auftragsbestätigung	280
V. Besonderheiten im Falle länger wählender Geschäftsbeziehungen zwischen den Partnern des präsumtiven Schiedsvertrags	280
VI. Schiedsklauseln in Chartepartie und Konnossement	282
5. Abschnitt	
Das Zustandekommen des Schiedsvertrages im übrigen	284
I. Der Widerruf eines Vertragsangebots	285
II. Willensmängel	286
III. Mindestinhalt des Schiedsvertrages	287
IV. Die Inhaltskontrolle von Schiedsverträgen	288
V. Die Auslegung von Verhaltensweisen, die geeignet sein können, das Einverständnis mit schiedsrichterlicher Streiterledigung darzutun	289
VI. Die Unabhängigkeit des Schiedsvertrages vom Schicksal des Hauptvertrages	291
6. Abschnitt	
Die Wirkungen des Schiedsvertrages	295
§ 1 Die positiven und negativen Wirkungen des Schiedsvertrages	296
I. Die »Erzwingbarkeit« einer Schiedsklausel	296
II. Änderungen in der durch Schiedsvertrag in Bezug genommenen vororganisierten Schiedsgerichtsbarkeit	299
III. Die Aufrechnung	300
IV. Die negativen Wirkungen des Schiedsvertrages (Art der Berücksichtigung eines Schiedsvertrages im Verfahren vor staatlichen Gerichten)	302
1. Rechtsvergleichender Überblick	302
2. Sachnormen in internationalen Übereinkommen	303
V. Schiedsvertrag – ein Hindernis für Streitverkündung?	304
§ 2 Die zwischen Schiedsgericht und staatlichem Gericht geteilte Verantwortlichkeit für einstweiligen Rechtsschutz	305
I. Die grundsätzliche Regel	305
II. Einzelne Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes	309
1. Die Beschlagnahme von Vermögensgegenständen zur Sicherung von Geldforderungen	309
2. Die Anordnung von Sicherheitsleistung	311
3. Einstweilige Veräußerungsverbote	312
4. Unterlassungsverfügungen	313
5. Gestaltende einstweilige Anordnungen	313
6. Die Anordnung von Interimszahlungen	315
III. Übergreifende Fragen	316
1. Parteiautonome Dispositionen über einstweiligen Rechtsschutz?	316
2. Fragen der internationalen Zuständigkeit der Gerichte	317
3. Maßnahmegründe	317
§ 3 Die durch Auslegung zu ermittelnde oder gesetzlich festgelegte Tragweite des Schiedsvertrages	318
I. Der durch den Schiedsvertrag abgedeckte gegenständliche Bereich	318
II. Die subjektive Tragweite des Schiedsvertrages	322

1. Der Grundsatz der vertraglichen Relativität der Bindung an schiedsrichterliche Streiterledigung	322
2. Vom ursprünglichen Vertrag abhängige Drittberechtigungen und Verpflichtungen . .	323
3. Konzerneingebundene und staatsabhängige Unternehmen	324
4. Rechtsnachfolge	326
5. Amtsverwaltung in einem Insolvenzverfahren	328

7. Abschnitt

Die Beendigung der Wirkungen eines Schiedsvertrages	330
I. Die Aufhebung von Schiedsverträgen durch nationale Gesetzgebungsakte	331
II. Die einverständliche Aufhebung des Schiedsvertrages	332
III. Verlust der Rechte aus einem Schiedsvertrag durch Beteiligung am Gerichtsverfahren . . .	333
IV. Andere Fälle einer Verwirkung der Rechte aus einem Schiedsvertrag	336
1. Erweckung des Anscheins von Desinteresse am Schiedsverfahren	336
2. Ablauf von Schiedsklagefristen; Verjährung	337
3. Langes faktisches Ruhen des Verfahrens	338
V. Die Kündigung wegen Vertragsbruchs	339
VI. Zweckvereitelung durch objektive Ereignisse (Wegfall der Geschäftsgrundlage)	340
1. Erlöschen der Bindung an ein konstituiertes Schiedsgericht und Erlöschen der Bindung an den Schiedsvertrag	340
2. Auslaufen der Amtsdauer des Schiedsgerichtes	340
3. Die spätere Aufhebung des Schiedsspruches und sonstige Fälle der Vereitelung des Erfolgs der Arbeit eines konstituierten Schiedsgerichtes	341
4. Das Ausbleiben der finanziellen Vorschußleistungen durch eine der Parteien	342
5. Die Beteiligung weiterer Personen am Rechtsstreit	343
6. Sonstige Wegfalltatbestände	343
VII. Die Zweckerreichung	344

3. Hauptteil

Schiedsverfahren und Schiedsspruch

1. Abschnitt

Das auf das Schiedsverfahren anwendbare Recht	345
§ 1 Die Freiheit der Parteien zur unmittelbaren Verfahrensausgestaltung nach den neueren internationalen Übereinkommen	346
I. Das UN-Übereinkommen	346
1. Die Grundaussage	346
2. Beschränkungen der Vereinbarungsfreiheit	348
II. Das Genfer (Europäische) Übereinkommen von 1961	349
III. Privatautonome Anforderungen an oder Beschneidung von Verfahrensvereinbarungen der Parteien	350
§ 2 Das auf das Schiedsverfahren anwendbare staatliche Recht	350
I. Die Aussagen der internationalen Übereinkommen	351
1. Der Inhalt der internationalen Übereinkommen bei Fehlen einer Rechtswahl	351
2. Garantie der Rechtswahl durch internationale Übereinkommen?	352
II. Das originär nationale Kollisionsrecht	352
1. Die Rechtsprechung des BGH und ihre Begründung	353
2. Die verschiedenen Anknüpfungsgesichtspunkte	354
3. Tragweite des Schiedsverfahrensstatuts	355

2. Abschnitt

Das Schiedsgerichtsverfassungsrecht	357
§ 1 Die Konstituierung des Schiedsgerichts	357
I. Voraussetzungen für die Ausübung des Schiedsrichteramtes	357
1. Der durch die internationalen Konventionen gesetzte Rahmen	357
2. Das UNCITRAL-Modellgesetz	358
3. Schiedsrichterlisten	358
4. Persönliche Anforderungen an die Schiedsrichter	359
5. Die Staatsangehörigkeit der Schiedsrichter	361
6. Besondere Gründe des Ausschlusses vom Schiedsrichteramt	362
II. Art und Zahl der Schiedsrichter	364
1. Ungerade Anzahl von Schiedsrichtern	364
2. Gerade Anzahl von Schiedsrichtern	365
III. Die Ernennung der Schiedsrichter	366
1. Ernennung durch die Parteien	366
2. Ernennung des Obmannes durch die parteiernannten Schiedsrichter	368
3. Ernennung durch Dritte	368
4. Subsidiäre Ernennungen	369
IV. Wegfall und Ersetzung von Schiedsrichtern	370
1. Wegfalltatbestände	370
2. Zuständigkeit für die Feststellung des Schiedsrichterwegfalls und für Ersatzernennungen	373
a) Der Schiedsrichterwegfall	373
b) Neuernennung weggefallener Schiedsrichter	374
V. Die Amtsdauer des Schiedsgerichts	375
1. Die ordnungsgemäße Beendigung des »Auftrags« des Spruchkörpers	375
2. Fälle einer zeitlich fixierten Amtsdauer des Schiedsgerichts	376
3. Praeter-legale Beendigung außergewöhnlich lang nicht weiterbetriebener Schiedsverfahren?	377
VI. Der Schiedsrichtervertrag und die Rechtsstellung des Schiedsrichters außerhalb des Schiedsverfahrens	377
1. Die dogmatische Konstruktion des Rechtsverhältnisses zwischen Parteien und Schiedsrichtern	378
2. Praktisch wichtige Probleme aus der Rechtsbeziehung zwischen Parteien und Schiedsrichtern	379
3. Beratungsgeheimnis und Zeugnisverweigerungsrechte insbesondere	381
4. Die Dreiecksbeziehung bei Einschaltung einer Schiedsgerichtsinstitution	382
§ 3 Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Schiedsrichter	383
I. Materielle Integritätsanforderungen	386
1. Gegenwärtige Kontakte zwischen dem Umfeld einer Partei bzw. ihres Anwalts und Schiedsrichtern	388
2. Frühere Kontakte zwischen Schiedsrichter und Partei	391
3. Spätere (geschäftliche) Kontakte zwischen Schiedsrichter und einer der Parteien	393
4. Das Übergewicht einer Partei bei Bestellung der Schiedsrichter und Schiedsrichter in eigener Sache	394
a) Praktisch wichtige Einzelfragen	395
b) Die Schiedsgerichtsbarkeit börsenartiger Vereinigungen im besonderen	396
c) Unabhängigkeitsdefizite und Wirksamkeit der Schiedsklausel	397
5. Von den Parteien je gesondert ernannte Schiedsrichter	398
6. Die sachliche Unabhängigkeit des Schiedsrichters von Schiedsorganisationen und die mögliche Befangenheit der Organisationen	402
a) Die sachliche Unabhängigkeit der Schiedsrichter	402
b) Die Befangenheit der Schieds-Trägerorganisation	404
II. Rechtsbehelfe zur Rüge schiedsrichterlicher Befangenheit	405

1.	Die Rechtzeitigkeit der Entscheidung über Schiedsrichterbefangenheiten	405
a)	Rechtsbehelfe bis zur endgültigen Konstituierung des Schiedsgerichts	406
b)	Rechtsbehelfe bis zum Abschluß des Schiedsverfahrens durch Erlaß des Schiedsspruchs	407
c)	Rechtsbehelfe nach Erlaß des Schiedsspruchs	408
2.	Parteidisposition über das Recht zur Ablehnung von Schiedsrichtern	411
a)	Anfängliche parteiautonome Beschneidung der Rügbarkeit schiedsrichterlicher Integritätsdefizite	411
b)	Parteiautonome Regelungen des Ablehnungsverfahrens	413
c)	Parteidispositionen über das Recht zur Ablehnung von Schiedsrichtern und deutscher ordre public	414
§ 4	Zuständigkeit und »Kompetenz-Kompetenz« des Schiedsgerichts	415
I.	Besondere Zuständigkeitsschranken	416
1.	Sachliche und personelle Zuständigkeitsschranken	416
2.	Besondere Zuständigkeitsschranken im Verhältnis zu staatlichen Gerichten	417
II.	Vorläufige Kompetenz des Schiedsgerichts zur Zuständigkeitsprüfung	418
1.	Übertragung der Zuständigkeitsprüfung auf besondere Organe	419
2.	Ermessen des Schiedsgerichts bei der Zuständigkeitsprüfung	420
3.	Die Trennung von Zuständigkeits- und anderen Zulässigkeitsfragen	421
4.	Besondere Entscheidungen über Zulässigkeitsfragen	421
5.	Zuständigkeitsprüfung von Amts wegen und Zuständigkeitseinrede	423
6.	Die gerichtliche Überprüfung der schiedsrichterlichen Zuständigkeitsentscheidung	423
III.	Kompetenz-Kompetenz von Schiedsgerichten zu einer endgültig bindenden Entscheidung?	424
1.	Kompetenz-Kompetenz kraft gesetzlicher Regelung	424
2.	Privatautonom begründete Kompetenz der Schiedsgerichte zur bindenden Auslegung des Schiedsvertrages	425
3.	Privatautonom begründete Kompetenz der Schiedsgerichte zur bindenden Entscheidung über die Wirksamkeit eines Schiedsvertrages	426
4.	Das auf die Kompetenzfrage anwendbare Recht und die Kontrolle der Kompetenz – Kompetenzentscheidung	427
§ 5	Parteienmehrheit und Schiedsgerichtsbarkeit	427
I.	Grundlagen	428
1.	Die vertragliche Grundlage eines Mehrparteienschiedsverfahrens	429
2.	Der gleiche Einfluß der Parteien auf die Besetzung des Schiedsgerichts	431
a)	Die bisherige Behandlung des Problems in Rechtsprechung und Lehre	431
b)	Risiken und Nachteile eines Schiedsbeklagten, der, anders als der Kläger, nicht allein einen Schiedsrichter ernennen kann	433
3.	Die Interdependenz der beiden Grunderfordernisse für ein Mehrparteienschiedsverfahren	435
4.	Streitverkündung und Beitritt als Nebenintervenient	436
II.	Mehrparteienschiedsgerichtsbarkeit in typischen Konfliktsituationen	436
1.	Der Rechtsstreit um klare Zweialternativen	437
2.	Getrennte Haftung mehrerer Beklagter	438
3.	Gesamtschuldverhältnisse	439
4.	Regress- und Garantieklagen	440
5.	Bezugnahme mehrerer bilateraler Verträge aufeinander	441
6.	Fälle ausdrücklicher vertraglicher Regelung von Mehrparteienschiedsverfahren	442
III.	Verfahrensfragen	443
1.	Verfahren bei Zwangsernennung	443
2.	Gemeinsames Verfahren durch schiedsrichterliche Anordnung?	444
3.	Die Befugnis zur Entscheidung über die Zulässigkeit eines Mehrparteienschiedsverfahrens	444

§ 6 Träger schiedsgerichtlicher Hilfsfunktionen	445
I. Die staatlichen Gerichte	446
1. Mögliche Unterstützungsmaßnahmen nach den staatlichen Rechtsordnungen	446
a) Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Amt des Schiedsrichters	446
b) Mitwirkung der staatlichen Gerichte bei der Sachverhaltsaufklärung	447
c) Sonstige Maßnahmen, insbesondere aufgrund einer Generalklausel	448
2. Die Aussagen der internationalen Übereinkommen über die Mitwirkung staatlicher Gerichte am Schiedsverfahren	452
3. Die internationale Zuständigkeit der heimischen Gerichte zur Unterstützung eines nach ausländischem Recht verfahrenen Schiedsgerichts	453
4. Die Zulässigkeit von Parteivereinbarungen über Zuständigkeiten und Befugnisse staatlicher Gerichte	456
5. Das Verfahren der staatlichen Gerichte	457
6. Die spätere Bindung der Gerichte anderer Staaten an Maßnahmen staatlicher Behörden zur Unterstützung von Schiedsgerichten	459
II. Andere Träger von Unterstützungsfunktionen für Schiedsverfahren	459
1. Die Regelung im EÜ	459
2. Private Schiedsorganisationen als Träger von Unterstützungsmaßnahmen für Schiedsverfahren	460
3. Abschnitt	
Der Verfahrensgang	463
§ 1 Einleitung des Schiedsverfahrens	463
I. Die Einleitung eines ad-hoc-Verfahrens	463
1. Die Benachrichtigung des Gegners	463
2. Vorher zu erfüllende Bedingungen	464
II. Besonderheiten im Falle der Antragstellung bei einer Schiedsorganisation	465
1. Inhalt des Antrages	465
2. Form- und Zustellungsprobleme	466
3. Kostenfragen	466
4. Die »sachliche Zuständigkeit« der Institution	466
5. Das Verfahren bei Annahme der Sache zur Entscheidung	467
III. Die Schiedshängigkeit	467
1. Zuständigkeitskonflikt zwischen zwei Schiedsgerichten	468
2. Die Regelung des EÜ	469
3. Beginn und Ende der Schiedshängigkeit	471
§ 2 Die allgemeinen Verfahrensgrundsätze	472
I. Die Parteiherrschaft	473
1. Die Vereinbarung von Verfahrensbestimmungen durch die Parteien	473
2. Die Dispositionsmaxime	474
3. Die Verhandlungsmaxime	476
4. Parteiverhalten und Verfahrensfehler des Schiedsgerichts	476
§ 3 Die Sachverhaltsermittlung im Schiedsverfahren	476
I. Die Rechte und Pflichten der Parteien bei der Sachverhaltsaufklärung; »discovery and disclosure«	477
1. »Disclosure« in England	478
2. Pre-arbitration discovery in den Vereinigten Staaten	478
3. »Discovery« und Verfahrensausgestaltungsermessen des kontinentalen Schiedsrichters	479
II. Das Beweisverfahren	480
1. Der unterschiedliche Grundstil im kontinentalen und im angelsächsischen Recht	480
2. Mittelbarkeit und Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	481

3. Das private Wissen des Schiedsrichters	481
4. Eidesabnahme und Zwangsmittel	482
5. Beweissicherungsverfahren	482
6. Beweiserhebungs- und -verwertungsverbote	483
III. Die Beweisarten	484
1. Allgemeines	484
2. Der Zeugenbeweis	484
3. Der Sachverständige	484
4. Der Augenscheinsbeweis	486
5. Urkunden und eidesstattliche Versicherungen	486
6. Parteivernehmung	487
§ 4 Sonstige Verfahrensprobleme	487
I. Der Verfahrensort	487
II. Die Verfahrenssprache	489
III. Der Prozeßbetrieb	490
1. Der Prozeßbetrieb im allgemeinen	490
2. Fristsetzungen und präklusionsbewehrte Verfahrensabschnitte	490
3. Folgen von Form- und Fristverstößen	492
4. Verfahrensunterbrechung oder -aussetzung, insbesondere wegen Änderungen in der Innenstruktur einer Partei?	492
IV. Die Vertretung der Parteien im Schiedsverfahren	493
V. Schriftlichkeit oder Mündlichkeit des Verfahrens	494
1. Die mündliche Verhandlung als Regelform	494
2. Das schriftliche Verfahren	495
3. Das Protokoll	496
VI. Die Versäumung von Parteiprozeßhandlungen	496
1. Das Ausbleiben in der mündlichen Verhandlung	496
2. Versäumung von Prozeßhandlungen außerhalb der mündlichen Verhandlung	497
3. Besonderheiten des englischen Rechts	498
VII. Während des Schiedsverfahrens vorgenommene Parteidispositionen über den Streitgegenstand	498
1. Klageerweiterungen, Widerklagen und Aufrechnungen	498
2. Antragsauswechselungen	500
3. Anerkenntnis, Verzicht, Rücknahme der Schiedsklage	500
4. Der Schiedsvergleich	501
5. Die Veräußerung der streitbefangenen Sache	501
4. Abschnitt	
Die schiedsrichterliche Entscheidung	502
§ 1 Das Verfahren bei der Fällung der Entscheidung und die Entscheidungswirkungen	502
I. Die Beratung des Schiedsgerichts	502
1. Notwendigkeit und Form einer Beratung	502
2. Die notwendigen Mehrheiten	506
II. Die Form der Entscheidung	508
1. Notwendigkeit der Schriftform?	508
2. Das Erfordernis der Unterschrift	508
3. Andere Förmlichkeiten	510
4. Die formgebundenen Entscheidungen des Schiedsgerichts (Teil- und Zwischenschiedssprüche)	511
5. Die Dispositionsmöglichkeiten der Parteien	513
6. Folgen der Formverletzung	514

III. Die Verfahrenskosten	515
1. Regelungen und Lücken der nationalen Rechte im Kostenerstattungsbereich	515
2. Honorare und Auslagen der Schiedsrichter	519
IV. Die Wirkungen schiedsrichterlicher Entscheidungen	521
1. Die materielle Rechtskraft von Schiedssprüchen	521
2. Die formelle Rechtskraft (Zeitpunkte des Eintritts der verschiedenen Entscheidungswirkungen)	523
 § 2 Das in der Hauptsache anwendbare Recht	 526
I. Das »Kollisionsrecht« der Schiedsrichter	527
1. Der rechtsdogmatische Ausgangspunkt zum Kollisionsrecht – die Quadratur des Kreises	527
2. Die pragmatischen Wege der Praxis	529
3. Die »unmittelbare« Anwendung von nationalem oder »anationalem« Recht	530
II. Die häufigsten Anknüpfungspunkte in der Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit	531
1. Die Wahl eines nationalen Rechts durch die Parteien	531
2. Die Vereinbarung eines Entscheidungsmaßstabs, der nicht ein nationales Recht ist	532
3. Die Ermächtigung an die Schiedsrichter, selbst eine Wahl zu treffen	533
4. Die Anwendbarkeit des am Schiedsort geltenden materiellen Rechts?	534
5. Das Recht des beteiligten Staates?	535
6. Die vertragscharakteristische Leistung?	535
7. Handelsbräuche und Verhaltenscodices	536
III. Sonderanknüpfungen	536
1. Sonderanknüpfungen im Bereich des Privatrechts	536
2. Die Sonderanknüpfung von Rechtsregeln des öffentlichen Wirtschaftsrechts	537
3. Der »ordre public transnational«	540
IV. Qualifikationsprobleme	541
1. Beweislast und Beweiswürdigung	542
2. Ansprüche des materiellen Rechts und »remedies«	542
3. Zinsansprüche insbesondere	544
V. Die Anwendung des (»fremden«) Rechts durch Schiedsgerichte	545
VI. Schiedsrichterliche Billigkeitsentscheidungen	546
1. Die Einstellung der Rechtsordnungen zu Billigkeitsentscheidungen	547
2. Billigkeitsentscheidung und zwingendes Recht	548
3. Billigkeitsentscheidung und vertragliche Bindung	548
4. Billigkeitsschiedsrechtsprechung mit speziellen Modifikationen oder in besonderer Einkleidung	549
5. Billigkeitsrechtsprechung und Kollisionsrecht	550

4. Hauptteil

Die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen

1. Abschnitt

Rechtsgrundlagen für die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen	555
§ 1 Die Pluralität der Rechtsgrundlagen	555
I. Die Zivilprozeßordnung	555
II. Das UN-Übereinkommen	556
III. Das Europäische (Genfer) Übereinkommen von 1961	558
IV. Privatautonome Unterwerfung unter die Anerkennung und Vollstreckung	558

V. Anerkennung und Vollstreckung von inländischen Schiedssprüchen in internationalen Sachen	558
§ 2 Der Begriff des ausländischen Schiedsspruchs	559
I. Abgrenzung zu schiedsspruchähnlichen Entscheidungen	559
1. Die von Dritten ausgehenden rechtlichen Festlegungen, die als »Schiedssprüche« dem UNÜ unterfallen	559
2. »Ausländische« Schiedssprüche im Sinne von § 1044 ZPO	562
II. Schiedsrichterliche Teil- und Zwischenentscheidungen	562
1. Teilschiedssprüche	562
2. Schiedssprüche unter Vorbehalt der Aufrechnung	563
3. Zwischenschiedssprüche	564
III. Schiedsrichterliche Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes	565
IV. Der Begriff des »ausländischen« Schiedsspruchs	569
V. Zwitterentscheidungen	570
 2. Abschnitt	
Die materiellen Anerkennungsvoraussetzungen und Hindernisse	571
§ 1 Die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs	571
I. Noch nicht oder nicht mehr verbindlicher Schiedsspruch nach dem UNÜ	571
1. Der Eintritt der Verbindlichkeit eines Schiedsspruchs	572
2. Nachträglicher Wegfall der Verbindlichkeit	574
II. Die Regelung in den übrigen Rechtsgrundlagen	576
1. § 1044 ZPO	576
2. Das EÜ	576
3. Bilaterale Staatsverträge	578
§ 2 Die vertragliche Grundlage eines Schiedsspruchs	578
I. Die Rechtsgrundlagen	579
1. Die internationalen Übereinkommen und Abkommen	579
2. § 1044 ZPO	581
II. Sachprobleme im Zusammenhang mit dem Schiedsvertrag als Anerkennungsvoraussetzung für Schiedssprüche	583
1. Die kollisionsrechtliche Behandlung der Anerkennungsvoraussetzung »Schiedsvertrag«	583
2. Schiedsvertrag und Schiedsklausel	584
3. Die Präklusion	585
a) Die Regelung der nationalen Rechte	585
b) Präklusion im Rahmen von § 1044 ZPO?	587
c) Präklusion im Geltungsbereich internationaler Übereinkommen	590
d) Anwendbarkeit von § 1044 ZPO neben Art 5 EÜ?	592
e) Bindung an ausländische Urteile?	592
§ 3 Verfahrensfehler als Anerkennungsversagungsgrund	593
I. Anerkennungsnormen und Verfahrensfehler – gemessen am Recht des Schiedsverfahrens	594
1. Das UNÜ	594
2. Die bilateralen Abkommen	595
3. § 1044 ZPO	596
II. Anerkennung und Verfahrensfehler – gemessen am Recht des Exequaturstaates	596
1. Mängel der Vertretung im Schiedsverfahren	597
2. Die Nichtgewährung des rechtlichen Gehörs	598
3. Verfahrensintegrität als Bestandteil des inländischen ordre public	599

III. Die Vorenthaltung des rechtlichen Gehörs insbesondere	601
1. Rechtzeitige Benachrichtigung der Parteien	602
2. Gelegenheit zur Stellungnahme	602
3. Pflicht der Schiedsrichter zur geistigen Verarbeitung des Vorgetragenen	603
4. Rechtliches Gehör und Rechtsausführungen	604
5. Rechtliches Gehör und Beweisangebote der Parteien	605
6. Nichtausnützung der Gelegenheit, sich Gehör zu verschaffen	606
7. Zuleitung von Schriftstücken	606
8. Rügeobliegenheiten der Parteien	607
9. Schiedsrichterlich gesetzte Fristen	607
10. Anwaltsvertretung	608
11. Verfahrensfairness und äußerer Verfahrensablauf	608
12. Anspruch auf mündliche Verhandlung	609
13. Rechtliches Gehör und Verwaltungsstellen der Trägerorganisation von Schiedsgerichtsbarkeit	609
14. Beweislast	610
15. Rechtliches Gehör in Fällen mit auslandsrechtlich geprägten Verfahrensgestaltungen	610
IV. Die Präklusion von Verfahrensmängeln	612
V. Das Fehlen einer Entscheidungsbegründung	616
1. Grundsätzliches	616
2. Einzelheiten	617
§ 4 Inhaltliche Fehler eines Schiedsspruchs	619
I. Einschränkungen der schiedsrichterlichen Entscheidungsbefugnis durch Akte der Privatautonomie sowie durch dispositives Recht	619
1. Die Rechtsgrundlagen	620
2. Typische Kompetenz- und Anweisungsüberschreitungen des Schiedsgerichts	622
a) Schiedssprüche ultra und infra petita	622
b) Die Wahl eines unzulässigen Rechtsbehelfs (»remedy«) durch das Schiedsgericht	623
c) Anwendung unrichtiger Entscheidungsmaßstäbe	625
d) Entscheidungen nach Ablauf der Amtszeit der Schiedsrichter	627
II. Verstoß gegen die »öffentliche Ordnung«	627
1. Die dogmatische Struktur des ordre-public-Vorbehalts	627
2. Die ordre-public-Kontrolle in typischen Situationen	631
a) Die Anwendung ausländischen Rechts, das grundsätzlichen inländischen Gerechtigkeitsvorstellungen zuwiderläuft	631
b) Offensichtliche und schwerwiegende Mängel des Schiedsspruchs	632
c) Nichtbeachtung zwingenden Wirtschaftsrechts	634
d) Mißachtung rechtskräftiger oder sonst bindender Vorentscheidungen sowie ander- weitiger Rechtshängigkeit	637
e) Mängel des Schiedsvertrages	639
f) Die Bedeutung von Parteiverhalten vor, während und nach Abschluß des Schiedsverfahrens	639
3. Abschnitt	
Das Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren	641
§ 1 Das Exequaturverfahren	642
I. Das Verfahren bei Vollstreckbarerklärung inländischer Schiedssprüche	642
1. Die Zulässigkeit des Antrags	642
2. Normalfall: Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	643
3. Entscheidungen nach mündlicher Verhandlung	643
4. Reichweite der Prüfungskompetenz des Gerichts	644
5. Nachträgliche Aufhebungsklage	644
6. Vorläufige Vollstreckbarkeit der Exequaturentscheidung	644
7. Insolvenz des Antragsgegners	645

II. Besonderheiten bei Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	645
1. Zuständigkeitsfragen	645
2. Nachweis des Schiedsspruchs	646
3. Vollstreckungsgegenseinwände	646
4. Entscheidungsinhalt	647
5. Konkurrenz von Anerkennungsentscheidung und späterer Aufhebung des Schiedsspruchs in seinem Heimatstaat	647
6. Staatsvertragliche Sonderregelungen	648
 § 2 Die Anerkennung ausländischer Schiedssprüche	 649
I. Die grundsätzliche Bestimmung der Entscheidungswirkungen nach ausländischem Recht	649
II. Schwächere oder stärkere Entscheidungswirkungen, als einem entsprechenden deutschen Schiedsspruch zukämen	650
III. Beweismwirkungen eines Schiedsspruchs	651
IV. Inzidentanerkennungsversagung?	651
V. Actio ex contractu?	652
 § 3 Durch ausländische Gerichte bestätigte Schiedssprüche und andere Gerichtsentscheidungen, die sich auf Schiedsverfahren beziehen	 653
I. Der Grundsatz	653
II. Inländische Schiedssprüche und die staatlichen Gerichte in einer Reihe für die internatio- nale Schiedsgerichtsbarkeit wichtiger Rechtsordnungen	655
1. Die Schweiz	655
2. Frankreich	656
3. Österreich	656
4. Niederlande	656
5. England	656
6. USA	657
 § 4 Beweisprobleme	 657
I. Die objektive Beweislast	658
1. § 1044 ZPO	659
2. Das UNÜ	660
3. Die bilateralen Verträge	661
II. Die subjektive Beweis- und Behauptungslast	661
1. Das UNÜ	662
2. Die übrigen Anerkennungsgrundlagen	664
III. Überprüfung der dem Schiedsspruch zugrunde liegenden tatsächlichen Annahmen?	664
IV. Beweis der Authentizität von Schiedsspruch und Schiedsvertrag	665
1. Das UNÜ	665
2. § 1044 ZPO	667
3. Bilaterale Verträge	668
 4. Abschnitt	
Anerkennung und Vollstreckung von schiedsrichterlichen Vergleichen	669
 § 1 Staatsvertragliche Regelungen	 670
I. Die verschiedenen Regelungstypen	670
II. Anforderungen an einen anerkennungspflichtigen Schiedsvergleich	670
1. Der deutsch-belgische Vertrag	671

2. Der deutsch-italienische und der deutsch-schweizerische Vertrag	671
3. Das deutsch-tunesische Abkommen	671
4. Der deutsch-österreichische und der deutsch-griechische Vertrag	672
III. Die Bedeutung der Gleichstellung mit Schiedssprüchen	672
1. Schwierigkeiten bei der Anwendung der für Schiedssprüche geltenden Anerkennungs- versagungsgründe	672
2. Materielle und prozessuale Wirksamkeitsanforderungen	673
IV. Das Vollstreckbarerklärungsverfahren	674
§ 2 Der schiedsrichterliche Vergleich außerhalb staatsvertraglicher Regelungen	674
I. Zusätzliche Wirksamkeitsanforderungen nach ausländischem Recht	675
II. Geringere Wirksamkeitsanforderungen nach ausländischem Recht	675
III. Das auf den Schiedsvergleich anwendbare Recht	676
Literaturverzeichnis	677
Literaturhinweise für einzelne Staaten und Staatengruppen	693
Alphabetische Länderübersicht über in Kraft befindliche multilaterale und bilaterale Verträge der Bundesrepublik Deutschland	699
Entscheidungsregister nach Datum	709
Entscheidungsregister nach Kläger	734
Gesetzesregister	759
Stichwortverzeichnis	767